

Verabschiedung der Armenien Resolution

Am vergangenen Donnerstag hat der Bundestag die Armenien-Resolution verabschiedet. Damit wurden die Verbrechen an mehr als einer Million Armeniern und Angehörigen anderer christlicher Volksgruppen durch das Osmanische Reich in den Jahren 1915/16 als Völkermord eingestuft. Ich finde es gut, dass wir diese Resolution beschlossen haben. Wir schließen und damit anderen nationalen Parlamenten in über 20 Staaten an, die die Geschehnisse ab dem Jahr 1915 bereits als Völkermord bezeichnet haben. Eines muss jedoch deutlich gemacht werden: Es geht uns mit dem Antrag nicht um eine Anklage, auch nicht gegen die heutige türkische Regierung. Die Kritik richtet sich zum einen gegen die Taten der damaligen jungtürkischen Regierung. Eine Mitschuld an den schrecklichen Ereignissen trägt allerdings auch das damalige Deutsche Reich. Es hat trotz zahlreicher Informationen in Form von Fotos und Berichten von Zeitzeugen nichts unternommen, um die Vernichtung der Armenier und die Deportation und Massaker an anderen christlichen Volksgruppen zu stoppen. Daher stehen heute umfassende authentische Dokumente über die Ereignisse zur Verfügung.

Im Vordergrund des Antrags steht die Aufforderung zur vollständigen Aufarbeitung der Ereignisse und zur Versöhnung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dieses mit den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu unterstützen. Aus der eigenen Geschichte wissen wir Deutschen wie wichtig die Aufarbeitung von Ereignissen ist, um zu einer Versöhnung zu gelangen.

Das Verhältnis zwischen der Türkei und Armenien ist in weiten Teilen nach wie vor spannungsreich und von gegenseitigem Misstrauen geprägt. Gleichwohl habe ich bei meinen Besuchen in Diyarbakir mit Nachfahren zwangsislamisierter Armenier gesprochen, deren Großeltern die Verbrechen überlebten. Sie setzen einen Prozess der Versöhnung in Gang, der von gegenseitigem Respekt beider Volksgruppen gekennzeichnet ist. Auch diese Bewegung wollen wir mit dem Antrag fördern. Meine Gesprächspartner beginnen, sich ihrer Herkunft bewusst zu werden und kehren teilweise zu dem christlichen Glauben zurück. Sie bezeichnen sich bewusst als Türken und leben gern in ihrem Heimatland, allerdings im Bewusstsein ihrer kulturellen Wurzeln. Die Verabschiedung der Resolution hat in der Türkei heftige Reaktionen durch Politiker ausgelöst und einzelne deutsche Parlamentarier und Parlamentarierinnen wurden bedroht. Das ist ein Angriff gegen unser ganzes Parlament, der so von uns nicht akzeptiert werden kann. Ich freue mich, dass unser Bundestagspräsident Norbert Lammert dazu heute Morgen im Parlament klare Worte gefunden hat. Inhaltlich kann man zu unserer Resolution anderer Meinung sein, das ist demokratisches Recht. Gewalt oder Drohungen mit Gewalt jedoch nicht.